



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/KV/278 - 7. Dezember 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2 Mit der SPD in eine bessere Zukunft

Der Mensch im Mittelpunkt

64

Von Fritz Steinhoff,
Ministerpräsident von NRW (1956-1958)

Mitglied der SPD-Mannschaft

3

Kennedy und Afrika

51

Von Hans-Jürgen Wischniewski, MdB

4

De Gaulle ist gewarnt

38

Was erwartet den französischen Staatschef in Algerien
Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

5

Fest-(Unsinn) Fragen

53

Ja oder Nein zum Verteidigungshaushalt?

Von Franz Barsig

6

Diesmal waren es 100 000

36

Rapider Anstieg der Berlinbesuche westdeutscher Jugendgruppen

* * * *

Zur Beachtung: In unserer Donnerstag-Ausgabe veröffentlichen wir
den Artikel des Mitgliedes der SPD-Mannschaft

Dr. Heinrich Deist, MdB

* * *

Der Mensch im Mittelpunkt

Von Fritz Steinhoff

Ministerpräsident von NRW (1956-1958)

Mitglied der SPD-Mannschaft

Wenn man, wie ich, zehn Jahre als Oberbürgermeister einer sehr stark zerstörten Großstadt und zwei Jahre als Wiederaufbauminister in den Jahren der gesetzlichen Fundierung des Wiederaufbaues und der damit verbundenen Neuplanung im stärksten vom Bombenhagel betroffenen Land Nordrhein-Westfalen und später zweieinhalb Jahre als Ministerpräsident desselben Landes verantwortlich tätig war, hat man viele Erfahrungen gesammelt. Diese Erfahrungen können selbstverständlich für die politische Arbeit in der Bundesrepublik nutzbar gemacht werden.

Es würde den Rahmen dieser kurzen Betrachtung sprengen, wollte ich nunmehr versuchen, die Vielfalt der Aufgaben und die damit verbundenen Konsequenzen aufzuzeichnen. Ich kann davon absehen, da ich hier nur einen kurzen Hinweis zu geben vermag. Diesen Hinweis möchte ich in einen Fragenkomplex geben, der zwar nicht auf der ersten Seite der Weltpresse täglich behandelt wird, aber für das Wohl und Wehe der Menschen trotzdem von Wichtigkeit ist.

So oder so sollte, so meine ich, der Mensch bei jedweder Politik im Mittelpunkt der politischen Überlegungen und Entscheidungen stehen. Mit seinem Wohl und Wehe steht und fällt die Gemeinschaft, Staat und Wirtschaft. Es müssten nach meinen Erfahrungen und Vorstellungen in der zukünftigen Bundespolitik die Gefahren der industriellen Entwicklung für die Gesundheit der Menschen stärker beachtet und durch entsprechende gesetzliche und sonstige Massnahmen gebannt werden. Die immer stärker und besorgniserregend gewordene Verschmutzung von Wasser und Luft, der immer stärker anwachsende Verkehr mit seinen vergiftenden Auspuffgasen und dem nervenfressenden Lärm, stehen zwar nicht im Mittelpunkt der "grossen Politik", sind aber trotzdem ein entscheidendes Kriterium für die Grundaufgaben der Politik.

Wenn zum Beispiel auf eine Stadt wie Selsenkirchen um nur ein Beispiel zu nennen pro Jahr ca. 27 000 Tonnen Staub sich ablagern,

so mag daraus zu ersehen sein, dass die bisherigen Auflagen und Aufwendungen nicht genügen.

Die Verschmutzung unserer Gewässer durch nicht genügend gereinigte Abwässer der Industrie ^{und} durch die Anwendung von synthetischen Waschmittel in den privaten Haushaltungen, verstärkt durch die latente Gefahr der Seleinsickerung durch nicht genügend gesicherte Lagerungsechälter oder ungesicherte Transportbehälter, sind zwar der Öffentlichkeit bekannt, aber mir will scheinen, dass bisher nicht genügend getan worden ist, um den hier entstehenden Gefahren für die Gesundheit zu begegnen.

Gewiss gibt es gesetzlich fundierte Auflagen, aber ob sie genügen, und auch entsprechende Beachtung finden, lasse ich dahingestellt. Jedenfalls sind sich die Fachkenner darüber im klaren, dass es so, wie es bis jetzt gegangen ist, nicht weitergehen darf.

Wahr ist, dass man den Gang der Entwicklung nicht aufhalten oder zurückdrehen kann. Aber man darf und soll diese Dinge nicht dem sogenannten freien Spiel der wirtschaftlichen Entwicklung überlassen.

Stärker als bisher müssen die Fakten gesichtet und klare und zwingende gesetzliche Bestimmungen erarbeitet und beschlossen werden. Auf keinen Fall dürfen finanzielle Überlegungen dabei entscheiden und im Vordergrund stehen, sondern das Wohl und Wehe der Menschen und die Auswirkungen auf die Gemeinschaft sind das einzig berechnete Kriterium bei dieser Fragenkomplex. Vorhandene Vorschriften und Gesetze müssen überprüft, und, wenn nötig, ergänzt und durch neue Gesetze ersetzt werden.

Gewiss sind die angesprochenen Fragen nicht das A und O einer neuen Politik, aber sie sind auch nicht nebensächlich. Denn im Mittelpunkt unserer Politik soll der Mensch stehen. Sein Wohl und Wehe ist das Wohl und Wehe der Gemeinschaft. Ohne diese menschliche Verbundenheit bleibt die Demokratie und der von ihr gebaute Staat Theorie.

Wir Sozialdemokraten wollen aber eine Politik, in der der Mensch mit seinen Freuden und Leiden im Mittelpunkt steht.

* * *

Zur Beachtung: In unserer Donnerstag-Ausgabe veröffentlichen wir den Artikel des Mitgliedes der SPD-Mannschaft

Dr. Heinrich Deist, KdB.

Kennedy und Afrika

Von Hans-Jürgen Wischnowski, MdB

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika werden unter dem neuen Präsidenten Kennedy ihre Afrika-Politik entscheidend intensivieren. Geradezu demonstrativ hat Kennedy jetzt den Gouverneur Mennon Williams zum Unterstaatssekretär für afrikanische Angelegenheiten ernannt. Diese Ernennung hat insbesondere in den jungen afrikanischen Staaten grösste Beachtung aber auch Anerkennung gefunden. Williams wird schon in den ersten Tagen des neuen Jahres in den afrikanischen Kontinent reisen, aber auch der Bruder Kennedys hat für diese Zeit eine Afrika-Reise geplant.

Diese Entwicklung war vorauszusagen. Schon Wochen vor den amerikanischen Wahlen war der Senator Harriman für Kennedy in Afrika unterwegs. Am 14. Juni 1960 hat Kennedy seine Auffassung zur amerikanischen Aussenpolitik in seiner programmatischen Rede vor dem Senat in 12 Punkten dargelegt. Einer dieser Punkte war ausschließlich der neuen Entwicklung in Afrika gewidmet. Kennedy forderte eine Verstärkung der Bemühungen um die Förderung der jungen Nationen Afrikas. Er sagte, daß sich die USA eine Politik nicht länger leisten könne, die die unnachgiebige Entschlossenheit der afrikanischen Staaten zur Befreiung ihrer Völker von Armut, Hunger und Unwissen, den Triumph des Nationalismus in Afrika und das unvermeidliche Ende des Kolonialismus nicht zur Kenntnis nehmen will. Er forderte eine entscheidende Verstärkung der Hilfe für die Staaten Afrikas und sagte wörtlich:

"Wir müssen einen Darlehensfond für wirtschaftliche Entwicklung schaffen und eine Arbeitsgemeinschaft zwischen dem Westen und Afrika anstreben, um - dringlichste Erfordernis - der afrikanischen Wirtschaft den Weg nach oben zu ebnen - aber wir dürfen nicht in der egoistischen Absicht handeln, die afrikanischen Staaten lediglich als Pfänder im kalten Krieg zu benutzen."

Wir können diese Thesen Kennedys zu einer intensiveren Afrika-Politik der USA und des Westens insgesamt nur voll und ganz unterstützen und die neue Politik begrüßen.

Für den Westen gibt es in Afrika einige entscheidende Belastungspunkte, die im Interesse des westlichen Bündnis-Systems schnellstens aus der Welt geschafft werden müssen. Das ist der algerische Krieg, der jetzt ins siebte Jahr gegangen ist, und der nicht nur Frankreich sondern die westliche Welt insgesamt entscheidend belastet. Kennedy hat sich schon vor Jahren eindeutig für das Selbstbestimmungsrecht der Algerier ausgesprochen. Der Präsident der algerischen Exilregierung, Ferhat Abbas, hat den neuen amerikanischen Präsidenten jetzt daran erinnert. Die FLN setzt grosse Hoffnungen in Kennedy. Aber auch die Situation in den portugiesischen Besitzungen, Argola, Mocambique und portugiesisch Guinea, belastet die westliche Welt insgesamt, denn auch Portugal ist Mitglied der NATO. Ähnliches gilt für Großbritannien, in der zentralafrikanischen Föderation Rhodesien und Njasseland, wenn auch hier die britische Regierung ohne Zweifel um eine baldige und vernünftige Regelung bemüht ist.

Kennedy wird sich ohne Zweifel bemühen, auf die Afrika-Politik der Verbündeten Einfluss zu nehmen. Er weiss, dass man die Förderung nach Selbstbestimmungsrecht gegenüber den kommunistischen Ostblockstaaten nur wirkungsvoll vertreten kann, wenn man bereit ist, das Selbstbestimmungsrecht auch in Afrika wirkungsvoll zu vertreten.

De Gaulle ist gewarnt

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Der französische Staatschef begibt sich am Freitag für mehrere Tage nach Algerien, um dort die Kampagne für den Volksentscheid des 8. Januar einzuleiten. Im Hinblick auf die Stimmung der französischen Bevölkerung in Algerien haben hohe Beamte schon vor der Flucht Lagailardes und vor den neuen aktiver Putschvorbereitungen dem Staatschef abgeraten, gerade jetzt nach Nordafrika zu fahren. De Gaulle hat aber seinen Plan aufrechterhalten. Allerdings wurden aussergewöhnliche Vorkehrungen getroffen. De Gaulle wird keine der grösseren Städte besuchen, weder Algier, noch Konstantine oder Oran. Die Einzelheiten seiner Reiseroute werden geheim gehalten. Sein Besuch gilt vor allem den kleineren Gemeinden und den verschiedenen militärischen Sektoren.

Von rechtsradikaler Seite wird kein Hehl daraus gemacht, dass de Gaulles Besuch ein Auftakt zu Demonstrationen, Streik und womöglich zu offenem Aufruhr sein soll. Der Staatspräsident kennt diese Pläne, er kennt auch die Gefahren. Es sind noch immer die gleichen Kräfte, die schon seit mehreren Jahren jeden Schritt zu einer friedlichen und liberalen Regelung sabotieren, die gleichen Kräfte, von welchen die Regierungen der Vierten und Fünften Republik allzu oft zurückgewichen sind und mit welchen man sich jetzt in entscheidender Weise auseinandersetzen muss.

Ein entschiedenes Vorgehen gegen die Urheber und Rädelsführer des Januar-Aufstandes hätte die Extremisten entmutigen und die irregulären Algerier-Franzosen zur Verknüft bringen können. Der Verlauf des Pariser Barrikadenprozesses, die vorzeitige Entlassung aller Angeklagten und die Flucht der Verantwortlichen eröffnen düstere Perspektiven für die nächsten Tage und Wochen. Man fragt sich, wie General de Gaulle diese Situation meistern will.

Das "Grüne Licht", das de Gaulle am Dienstagabend in der Nationalversammlung für die eigene französische Atombombe erhalten hat, darf nicht über die Stärke der Opposition hinwegtäuschen, die sich in der Mitte und auf der Linken des Parlaments gegen die Politik des Staatschef gesammelt hat. Allerdings -das muss erwähnt werden- ist diese Opposition nicht identisch mit der Gruppe von Politikern, die de Gaulle gegen seine Algerien-Politik vor sich hat. So ergibt sich die merkwürdige Situation, dass de Gaulle in der Algerienfrage gegen die Rechte manövrieren muss, während er in fast allen innenpolitischen Fragen die Linke gegen sich hat.

Das wirkliche Kräfteverhältnis in der französischen Politik wird sich jedoch erst beim Referendum über die Lösung der Algerienfrage zeigen.

Test-(Unsinn)Fragen

Von Franz Barsig

Es gab in den letzten Monaten viele Situationen, bei denen vorher die CDU ärohend angekündigt hatte, jetzt werde sie die SPD stellen. Das war vor der aussenpolitischen Debatte am 30. Juni so, als man verkündete, diese Debatte werde für die CDU so günstig verlaufen, dass man damit den ganzen Wahlkampf gegen die Sozialdemokratische Partei bestreiten könne. Es kam genau umgekehrt; Sieger in dieser Debatte war die SPD. Dann verkündete man Lauthals, in der Debatte über das Notstandsgesetz werde sich beweisen, ob es der SPD mit ihrem Bekenntnis zur Landesverteidigung ernst sei und wieder meinte man, man werde die SPD so in die Ecke treiben, dass es für den ganzen Wahlkampf reiche. Als Blessierter aus dieser Schlacht kehrte Bundesminister Dr. Gerhard Schröder heim. Dann spitzte die CDU ihre Pfeile in Richtung auf den Parteitag der SPD in Hannover - sie verfehlte ihr Ziel, denn die ganze deutsche Öffentlichkeit war sich nach dem Parteitag darüber einig: Es war ein guter Parteitag.

Aber Verbohrte geben nicht auf. Und jetzt ist den Propagandisten der CDU als neuer Testfall die Abstimmung der SPD beim Verteidigungshaushalt in den Sinn gekommen. Hier, so meinen sie jetzt, werde es sich zeigen, ob das Godesberger Programm und sein Bekenntnis zur Landesverteidigung ernst gemeint sei. Wenn man alles Vorangegangene noch in das Gebiet der üblichen Wahlpropaganda eingruppiert kann, dann ist diese "Testfrage" nur noch als blühender Unsinn zu bezeichnen und die Diskussion darüber gehört eigentlich nicht in den politischen Teil einer Zeitung, sondern höchstens in die heitere Wochenendbeilage.

Ohne schulmeistern zu wollen, darf man wohl auf die Praxis der vergangenen Jahre hinweisen. Mit den Einzelpositionen des Verteidigungshaushaltes beschäftigen sich nur der Verteidigungs- und der Haushaltsausschuss. Hier war es schon in den früheren Jahren so, dass die SPD nicht etwa stur zu allem Nein gesagt hat, sondern sie hat eine Fülle von Einzelpositionen abstimmungsmässig bejaht, zum Teil sogar Verbesserungen erreicht. Wenn beispielsweise der Verpflegungssatz für die Soldaten der Bundeswehr heute besser ist als früher, dann geht das auf Anträge der SPD zurück. Wenn die Fliegerzulage jetzt vernünftig geregelt ist, dann ist das den Sozialdemokraten zu verdanken, und auch beispielsweise das ganze Programm "Hawk", das zur Abwehr von Tieffliegern besser geeignet ist, als alles Gerede um die imaginäre atomare Bewaffnung, ist von den Sozialdemokraten mitbeschlossen worden.

Im Plenum hingegen ist eine ganz andere Lage. Hier wird nur über Abänderungsanträge und den Gesamthaushalt abgestimmt. Es hiesse die Demokratie auf den Kopf stellen, wenn man aus dem Nein der SPD zu diesem Haushalt auch ein Nein zur Landesverteidigung ableiten würde. Wir haben nun einmal zu Strauß kein politisches Vertrauen. Mit einem globalen Ja -etwas anderes ist im Plenum nicht möglich- würde man auch billigen, dass die Mittel für Öffentlichkeitsarbeit in Verteidigungsfragen weiterhin in CDU-Propaganda umgemünzt werden. Man würde billigen, dass die gesamte Parteipolitik, die von Seiten der CDU und des Ministers in der Bundeswehr getrieben wird, auch noch die Zustimmung der SPD findet.

Das kann man schlechterdings nicht verlangen, und so etwas ist in keinem demokratischen Land der Welt üblich. Darum geht es nicht um eine Testfrage, sondern schlicht und einfach um Propagandaunsinn.

Diesmal waren es 100 000

In diesem Jahr kamen 100 000 Jugendliche aus Westdeutschland nach Berlin. Damit hat die jährliche Besucherzahl einen noch nicht dagewesenen Höhepunkt erreicht. Der rapide Anstieg der Berlin-Besuche westdeutscher Jugendgruppen und Schulklassen (1957: 25 000; 1958: 54 000; 1959: 75 000) erforderte neue Unterbringungsmöglichkeiten. Durch das in diesem Jahr eröffnete Jugendgästehaus "Dr. Schreiber" in Marienfelde und die Jugendherbergen in der Bayernallee und der Glaszeile in Zehlendorf wurden 1230 neue Plätze geschaffen. Alle Quartierwünsche werden der Zentrale Quartiervermittlung beim Landesjugendamt zugeleitet, der 3500 Plätze in 27 Jugendherbergen und -heimen zur Verfügung stehen.

Im Durchschnitt blieben die jungen Menschen vier bis acht Tage in Berlin. Sie beteiligen sich an den Reise- und Unterbringungskosten zu einem Drittel, der Rest wird je zur Hälfte von der Bundesrepublik und den Ländern gezahlt.

Wie immer wieder festgestellt wurde, kommen die Jugendlichen nicht nach Berlin, um eine der üblichen Besichtigungstouren zu machen. Sie interessieren sich zwar für die Anlage der Stadt, für neue Wohnviertel und Schnellstraßen, aber am meisten ist ihnen daran gelegen, die Probleme der Stadt sozusagen auf Tuchfühlung kennenzulernen. Aus diesem Grunde haben der Senator für Volksbildung und die Senatsverwaltung für Jugend und Sport Beratungsstellen eingerichtet, die es den westdeutschen Jugendlichen ermöglichen, Kontakte zur Berliner Bevölkerung zu knüpfen und an Gesprächen über die politische Situation der Stadt teilzunehmen.

Auf dem Programm für das nächste Jahr stehen: Ein Einführungsvortrag in die politische Situation Berlins im Rathaus Schöneberg; Stadtrundfahrten durch Westberlin und durch den Sowjetsektor; ein Vortrag über die Situation der Jugend in Ost und West; ein Besuch des Ostsektors zu Fuß in kleinen Gruppen unter Leitung Westberliner Freunde; ein Vortrag über die Lage der sowjetischen Besatzungszone; ein Besuch der Hinrichtungsstätte Plötzensee; ein Diskussionsabend mit den Berliner Freunden und Besichtigungen von Jugendeinrichtungen und Sportstätten.

Die Begegnung mit Berlinern soll durch sogenannte Partnerorganisationen zustande kommen, das sind Schulklassen und Jugendgruppen, die mit den westdeutschen Jugendlichen bekannt gemacht werden und an deren Berlin-Programm teilnehmen. Hieraus ergeben sich häufig freundschaftliche Kontakte, die zu Einladungen aus Westdeutschland und zu Brieffreundschaften führen.